

15.12.95

Unterrichtung
durch die Bundesregierung

Stellungnahme der Bundesregierung zu der Entschließung des Bundesrates zum Gesetz zur Umstellung der Steinkohleverstromung ab 1996

Der Parlamentarische Staatssekretär
beim Bundesminister für Wirtschaft
Dr. Heinrich L. Kolb

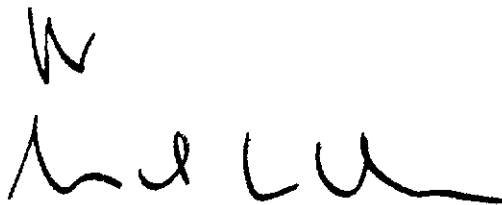
Bonn, den 13. Dezember 1995

An den
Präsidenten des Bundesrates
Herrn Ministerpräsident
Dr. Edmund Stoiber

Sehr geehrter Herr Präsident,

im Zusammenhang mit den Gesetzgebungsverfahren zum Artikelgesetz und zum Gesetz zur Umstellung der Steinkohleverstromung ab 1996 hat der Bundesrat zwei Entschließungen gefaßt ^{*)}, die die Energieeinsparung und die erneuerbaren Energien sowie die Strompreise in den alten und neuen Bundesländern behandeln. Als Anlage übersende ich Ihnen eine Stellungnahme der Bundesregierung zu den beiden Entschließungen. ^{**)}

Mit freundlichen Grüßen



^{*)} Drucksache 373/94 (Beschluf) und Drucksache 719/95 (Beschluf)

^{**) s.a. Drucksache 908/95}

Anlage

Stellungnahme der Bundesregierung zu der Entschließung des Bundesrates zum Gesetz zur Umstellung der Steinkohle-verstromung ab 1996

Zur Entschließung vom 24. November 1995 (BR-Drs. 719/95) zu den Strompreisen ist folgendes zu bemerken:

Die Bundesregierung unterstützt das politische Ziel, in Ost- und Westdeutschland ein vergleichbares Strompreisniveau anzustreben. Sie möchte aber nochmals hervorheben, daß eine gesetzliche Regelung zum Abbau von Strompreisdisparitten nicht akzeptabel ist. Sie wäre mit marktwirtschaftlichen Prinzipien unvereinbar und würde die Energieaufsicht der Länder wie auch die Vertragsfreiheit zwischen Energieversorgungsunternehmen und Industriekunden in Frage stellen.

Die Wirtschaftsministerkonferenz in Hannover hat am 19. Oktober 1995 zu den Strompreisen eine Empfehlung gefaßt, die die Bundesregierung unterstützt. Gesetzliche Regelungen sind darin nicht vorgesehen.

Die Bundesregierung hat wiederholt die Eigentümer des ostdeutschen Verbundunternehmens VEAG als Vertragspartner des Stromvertrages auf ihre Verantwortung hingewiesen.

Eine entscheidende Rolle kommt auch den Wirtschaftsministern der neuen Länder mit ihrer Zuständigkeit für die Energie-, Strompreis- und Kartellaufsicht bei Regionalversorgungsunternehmen und Stadtwerken zu.

Die Bundesregierung wird gemeinsam mit den Wirtschaftsministern der neuen Länder die Gespräche mit den Partnern des Stromvertrages fortführen.